

## **Vienna Economic Forum 18.11.2019**

### **Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft – 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer**

Anrede

Ich möchte mich zunächst für die Einladung zu dieser Veranstaltung des VEF sehr herzlich bedanken und dem Forum zugleich zu seinen Aktivitäten gratulieren, die auf die wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit in Europa gerichtet sind.

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges sind fast 75 Jahre vergangen.

Aber diese 75 Jahre waren keine geradlinige Entwicklung, sondern weisen sehr unterschiedliche Entwicklungsphasen auf.

Nach einer kurzen Zeit der Stabilisierung Europas, unmittelbar nach Kriegsende, hat der kalte Krieg zwischen Ost und West begonnen – symbolisiert durch die gravierende Teilung Europas in einen marktwirtschaftlich und demokratisch orientierten Westen und einen planwirtschaftlich und von kommunistischen Diktaturen beherrschten Osten. Aber der sogenannte Ostblock unter Führung der Sowjetunion konnte den ökonomischen Wettbewerb zwischen Ost und West nicht nur nicht gewinnen, sondern fiel ökonomisch und dadurch auch politisch immer weiter zurück.

Perestroika und Glasnost in der Ära Gorbatschow waren Schritte in die richtige Richtung, aber sie waren zu wenig und zu spät.

Gesellschaftliche Umwälzungen beginnen oft langsam, sind zunächst kaum wahrnehmbar, erhöhen dann ihre Geschwindigkeit und können schließlich ein enormes Tempo und damit eine unwiderstehliche Wucht erreichen.

Genauso war es auch gegen Ende der kommunistischen Diktaturen in Europa. Höhepunkt und Endpunkt dieser Entwicklung war in der DDR der 9. November 1989, wo – wie wir alle wissen – eine geradezu tragikomische Entwicklung den Endspurt zum Fall der Berliner Mauer auslöste. Damit war der Wendepunkt in Richtung Demokratie und auch der Wendepunkt von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft erreicht.

Dass von einer grundlegenden Veränderung der politischen und ökonomischen Verhältnisse oft der Sprung ins Paradies erwartet wird, wissen wir ebenso gut wie wir auch gelernt haben, dass ein Paradies auf Erden immer eine sehr schöne, aber unerreichbare Utopie bleibt und bleiben muss.

Dabei bin ich gar kein Gegner von Utopien.

Im Gegenteil: Ich glaube, dass die Existenz einer Utopie oft die Voraussetzung ist, um die Realität zu ändern und zu verbessern. Aber wir dürfen im Streben nach utopischen Zielen, nach einer idealen Gesellschaft, den Boden der Demokratie, der Gewaltfreiheit und der

Menschenrechte nicht verlassen, ansonsten landen wir dort, wo wir nicht hinwollen, nämlich in einer neuen Diktatur.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kehren wir zurück zum November 1989. Es war eine ganz wichtige und entscheidende Wende. Die Zeit der Einparteiensysteme in Europa war damit im Wesentlichen vorbei, die Marktwirtschaft begann sich europaweit durchzusetzen. Eine schrittweise Erweiterung der EWG von damals 12 auf zuletzt 28 Staaten und die Weiterentwicklung der EWG zur EU wurde möglich.

Im Gegensatz zur Auffassung, wonach damit das Ende der Geschichte erreicht war, hat sich aber die Geschichte mit großer Dynamik weiterentwickelt.

Die Probleme von heute sind zwar andere als die vor 30 Jahren, aber sie sind nicht viel kleiner geworden oder genauer gesagt, wir haben manche Probleme gelöst, aber es sind neue dazu gekommen.

Im höchsten Maße positiv ist, dass die Zahl der Demokratien in Europa seit 1989 deutlich grösser geworden ist. Die Demokratie ist zur vorherrschenden Regierungsform in Europa geworden.

Es ist auch positiv, dass sich Grundsätze der Marktwirtschaft generell durchgesetzt haben und es gibt im ökonomischen Bereich viel Positives zu berichten.

Es ist ein Faktum, dass die „neuen Demokratien“ wie man oft sagt, also die Staaten des ehemaligen Ostblocks, heute insgesamt wesentlich wohlhabender geworden sind und auch in anderen wichtigen Bereichen beträchtliche Fortschritte macht. Es ist z.B. die Lebenserwartung in den neuen Demokratien deutlich gestiegen und die Kindersterblichkeit gesunken.

Und wenn man die Wirtschaftsleistung der einzelnen Reformstaaten im Jahr 1992 mit der Wirtschaftsleistung des wiedervereinigten Deutschlands im Jahr 1992 gegenüberstellt, und diese Relation mit der Situation im Jahr 2018 vergleicht, dann ergibt sich nach Untersuchungen des Wiener Institutes für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) ein sehr interessantes Bild über den Aufholprozess der einzelnen Reformstaaten im Vergleich zu Deutschland als dem wichtigsten Land der europäischen Union.

Den stärksten Aufholprozess hat nach den Zahlen der WIIW Estland zustande gebracht. Seine Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung betrug kaufkraftbereinigt im Jahr 1991 28% der vergleichbaren Wirtschaftsleistung von Deutschland und ist bis 2018 auf 68% (!) angestiegen.

Am anderen Ende der Skala steht übrigens ein Land, das heute nicht der Europäischen Union angehört, nämlich die Ukraine, wo die Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung im Vergleich zu

Deutschland im gleichen Zeitraum von 28% auf 17% zurückgegangen ist, also ein deutliches Minus aufweist.

Wirft man einen Blick auf einige andere Reformstaaten, dann ist zum Beispiel die Wirtschaftsleistung in Polen im Vergleich zu Deutschland von 24% auf 58% gestiegen, also ein plus von 34 Prozentpunkten, in der Slowakei von 31% auf 63%, in Tschechien von 46% auf 75% und in Slowenien von 46% auf 72%.

Man muss dem allerdings hinzufügen, dass auch die 15 „alten“ Mitgliedsstaaten der EU, die schon vor dem Jahr 2000 dem europäischen Projekt beigetreten war, von der neuen Situation in Europa sehr profitiert haben. Österreichs Exporte nach Ungarn sind im Zeitraum von 1990 bis 2018 von 760 Millionen € auf 5100 Millionen € gewachsen. Im selben Zeitraum sind Österreichs Exporte nach Tschechien von 820 Millionen € auf 5540 Millionen € angewachsen und in die Slowakei von rund 300 Millionen € auf ungefähr das Zehnfache.

Aber wie heißt es schon so schön im Ring des Polykrates von Friedrich Schiller? „Des Lebens ungemischte Freude ward keinem Irdischen zuteil“.

Es ist also nicht so, dass der Sieg der Demokratie und die Erfolge der Marktwirtschaft die einzigen Veränderungen der letzten 30 Jahre sind.

Vielmehr hat die EU in den letzten Jahren offenbar an Schwung und Homogenität verloren. Die Pläne zur Erweiterung in Richtung der westlichen Balkan Staaten sind bisher – 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs – nicht zur Gänze verwirklicht worden, sondern teilweise steckengeblieben. Das Einstimmigkeitsprinzip macht die EU schwerfällig und gleichzeitig hat sie nicht die Kraft zum Übergang auf Mehrheitsentscheidungen. Das Vertrauen Europas in die Verlässlichkeit der USA als Partner ist in jüngster Zeit deutlich kleiner geworden und die Spannungen zwischen der EU und Russland sind seit dem Ukraine Konflikt gewachsen.

Dazu kommt, dass wir die Gefahr der Rückkehr eines rabiaten Nationalismus im Nachkriegseuropa als gebannt betrachtet haben, aber jetzt mit Besorgnis feststellen müssen, dass nationalistische Emotionen und Egoismen und daher auch nationalistische Rechtsparteien an Gewicht gewinnen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen „Brüssel“, Budapest oder Warschau über das Wesen eines Rechtsstaats, über die Rolle der Justiz und einer unabhängigen Gerichtsbarkeit und über Meinungspluralismus sind größer geworden.

Wir müssen also über vieles nachdenken und über vieles diskutieren. Diesem Zweck dient ja auch diese Tagung. Aber meine Zwischenbilanz auf dem Weg von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, von der Diktatur zur Demokratie, ist dennoch

positiv. Wir haben in diesen 30 Jahren viel erreicht und viele Fragen richtig beantwortet. Die Generation meiner Eltern und auch meine Generation hat viele Probleme gelöst.

Aber die Probleme, die von der nächsten und übernächsten Generation gelöst werden müssen, sind kaum kleiner als die Probleme, die uns bisher beschäftigt haben. Die Geschichte kennt eben kein Ende und kann daher auch kein Endergebnis liefern. Jede Generation muss neue Antworten auf neue Probleme finden. Nur der Maßstab, mit dem wir die Qualität unserer Lösungen messen, muss stabil bleiben.

Es ist der Maßstab der Menschenwürde, des Rechtsstaates und des Verzichtes auf Krieg und Gewalt.